

Ruine des Anhalterbahnhofs

Philharmonie



Dieter Hoffmann-Axthelm

Vom Umgang mit festgemacht am Berliner

Gut dreißig Jahre lang war die Zerstörung der deutschen Städte durch einen von Deutschen angezettelten und von Deutschen bis zum letzten Tage durchgehaltenen Krieg vorwiegend ein technisches Problem: Wiederaufbau. Was nicht in ersten Notjahren instandgesetzt wurde, verfiel je länger desto gründlicher den langjährigen Aufräumarbeiten. Das Zentrum Berlins war gegen Kriegsende eine zerstörte Stadt. Zur leeren Fläche wurde es durch unermüdliches technisches Wegräumen, das im Falle der Friedrichstadt bis heute, in Ost- wie in Westberlin, keinerlei städtebauliche Rechtfertigung erhalten hat. Wiederaufbau fand woanders statt.

Nach dem Wiederaufbau kam die Sanierung. Während innerhalb Westberlins die Innenstadtfächen als Stadtwüste unter einem kaum durch Gebäude begrenzten Himmel eine eigene Vegetation und einen untergründigen ästhetischen Abenteuerreiz entwickelten, wurden die angrenzenden, vollständig erhaltenen Arbeiterviertel der Mitte des vorigen Jahrhunderts quadratkilometerweise abgerissen, geduldig, mit Eisenkugeln und Sprengungen, Jahr um Jahr. Auch die Sanierung war nur ein technischer Vorgang, aber da es sich nicht um aufgegebene oder nur spärlich bewohnte Kriegeruinen handelte, sondern um Menschen und ihre Lebensverhältnisse, um ein historisches Stadtbild, das noch nicht zur Warenmaske geworden, sondern noch selbstverständlich mit den Sozialformen seiner Bewohner verknüpft war, gab es Widerstand und ein intellektuelles Erschrecken vor der Bodenlosigkeit bloßer Wohnfunktionalität, das schließlich auch die Verwaltung erreichte und die Baugesellschaften zwang, ihre Wertungstechniken zu ändern.

Die Einsicht drückt sich heute allgemein aus in dem Codewort *Stadtreparatur*. Stadtreparatur ist mittlerweile im Gange und kann befragt werden hin auf das, was damit für die verlorene Stadt erreicht wird.

Stadtreparatur ist vor allem ein ästhetisches Programm: nicht zerrissene soziale Beziehungen — Folge der vorangegangenen Stadtpolitiken — werden wiederhergestellt, sondern das Bild der Stadt, Straßen- und Platzräume, Höfe und Parks. Das Wort Reparatur steht sicher zu recht: ein kaputter Apparat (alles kann schließlich mal kaputtgehen) wird wieder ganzgemacht. Was ihn kaputtgemacht hat, kümmert den Fachmann nicht. Reparatur hat es mit Objekten, nicht mit Geschichte zu tun.

NICHT IRGEND EINE GESCHICHTE

Als 1753 das große Erdbeben von Lissabon die gesamte Baixa, die Unterstadt, zerstörte, war der Minister, der den Wiederaufbau der Stadt organisierte (es war der Marquis Pombal, nach dem noch heute die große Praça Pombal heißt, die im 19. Jahrhundert den gigantischen Straßenraum nördlich seiner Stadtschöpfung abschloß), um einen Plan für den Wiederaufbau nicht verlegen. Das mittelalterliche Gassengewirr wurde beseitigt und durch die Rationalität eines geometrischen Straßenrasters ersetzt, dessen Übersichtlichkeit und Repräsentativität aufgeklärtem Bewußtsein ebenso wie königlicher Repräsentanz (dies zusätzlich durch die im Raster einbegriffenen Königsplätze wie die Praça Dom Pedro) gleichermaßen angemessen war. Der Naturgewalt wurde ein höheres Maß an Rationalität, dem naturwüchsigen Zerstörten ein neues Ideal gesellschaftlicher Souveränität und Schönheit entgegengesetzt. Hinterrücks wurde das Erdbeben zu einer sinnvollen gesellschaftlichen Handlung. Pombals Stadt steht in großen Teilen noch heute, zu Geschichte aufgearbeitete Natur.

Als 1945 die sowjetische Armee Berlin einnahm, fand sie als letzte Festung der Waffen-SS die Friedrichstadt vor. In Stellung gebrachte Artillerie südlich des Landwehrkanals zerschloß in stundenlangen Kannonaden die als Deckung (gleich

ob vorher schon bombenzerstört oder nicht) nutzbare Häusermasse, bis der Widerstand erlosch. An einen Wiederaufbau wagte Jahrzehnte keiner zu denken. Die zerstörten Palais und sonstigen Dienstgebäude der Wilhelmstraße wurden, obwohl sie technisch gesehen größtenteils wiederaufbaufähig waren, aus politischen Gründen abgerissen, in Ost und West gleichermaßen. Da beidseitig die Friedrichstadt Rand- und Grenzgebiet geworden war, bestand keine Nötigung zur Wiederverwendung. Im Blick auf künftige Neuordnungen verschwand alles, was abreißbar war, bis die Stadtwüste übrig blieb, die heute — noch eben — die Friedrichstadt kennzeichnet.

Wenn es lange Zeit keinen Zwang zum Wiederaufbau der Friedrichstadt gab, so auch keine Vorstellung davon, wie das zu leisten sei. Als es soweit war, wiederholte man in Ost und West zunächst das klassische Vorgehen von Lissabon, so als hätte der Krieg die Aufgabe gehabt, der Verwirklichung der Pläne Hilbersheimers und Le Cobusiers (in den zwanziger Jahren veröffentlicht) durch Bereinigung des Geländes zuzuarbeiten. Die Leipziger Straße heute ist ein betulicher Abkömmling dieser Pläne, die Mehringplatzumbauung wenigstens ihre Karikatur, unentschieden zwischen Geometrie und Architekturlandschaft.

Im Unterschied zur barocken Stadtplanung ist aber jetzt das Schema leer. Es gibt keine gesellschaftliche Rationalität dahinter als die bloße technische Anordnung, und das Gebaute ist nicht mehr die archaische Masse, die im frühbürgerlichen Stadtraster überlegen gezähmt erscheint, sondern bloße Folgerung aus dem Organisationsprinzip eines Erschließungs- und Verteilungssystems. Der Rationalismus der Baixa bildete den Sieg über die formlose, zertrümmernde Naturgewalt ab. Das gebaute Ordnungsschema der gerade noch als nackte Quantität auffälligen Hochhauskette ist nur auf eine große, grundlose

zerstörter Stadtgeschichte

Ausstellungsobjekt südliche Friedrichstadt

Leere hin durchsichtig. Es bildet sich in ihr keine Auseinandersetzung ab, das Historische hinterläßt keine Spur, es ist einfach weggebaggert, und die neue Bebauung steht da, als hätte es die zerstörte Stadt nie gegeben.

Der stärkste Beweis für die Richtigkeit dieser, von den Machern nach wie vor belächelten Erfahrung ist die Forderung nach Stadtreparatur, die in Ost- und Westberlin gegenwärtig, bewußtlos, als Mode, die CIAM-Imitation abgelöst hat. Aber auch die Stadtreparatur behandelt die Zerstörung der alten Stadt nur als Naturkatastrophe, als Unfall, der selber nicht darstellungswürdig ist, sondern über den hinweg so bündig wie möglich auf die alten Stadtstruktur zurückzukommen ist. Der Hochmut der neuen Stadtordnung ist vorbei, man weiß, daß dazu weder Anlaß noch Fähigkeit da ist. Es wird nicht ein neuer Rationalitätsbeweis erbracht, sondern es scheint eher, als wollte man Zustände vor dem Erdbeben rekonstruieren. Das freilich ist nicht der Fall, es war schon richtig, daß erst einmal alles verschwunden ist. Was jetzt als historische Stadtstruktur gebaut werden soll und in Teilen demnächst gebaut wird, ist Stück für Stück geschichtslos, erinnerungslos — was an jedem der einzelnen Entwürfe für das Concepta-Projekt an der Lindenstraße zu zeigen wäre —, und legitimiert sich gleichzeitig auf hohem Abstraktionsniveau als Gebäudeeinheit und als Teil einer Straßenflucht an historischen Erscheinungsbildern (allerdings nicht denen, die vor der Kriegszerstörung das Viertel kennzeichneten). Es entsteht also eine historische Stadtbildlichkeit, die so assoziativ lose historisch ist wie die mediterranen Touristendörfer alt und spanisch, ländlich oder maritim.

Repariert wird hier eine Bewußtseins-tatsache, das Bild der Stadt. Die Architektur liefert Assoziationsanlässe, außerhalb dieses assoziativen Prozesses wird Historisches nicht einbegriffen, weder die alten Wege und Höfe, noch die alten Zuordnun-

gen von Arm und Reich, Wohnen und Handwerk, usw. Nicht, als wäre das zu fordern. Aber historische Rekonstruktion ohne wirklichen Gehorsam gegenüber den historischen Details bleibt unweigerlich Inszenierung und Maskerade. Daß statt dieser genauen Details strukturelle Marotten formalistischer Architekten angeboten werden, macht die Sache nicht sinnvoller, sondern erhöht ihren Anteil an Irrealität, den Eindruck einer historischen Gestalt ohne reale Verankerung in einer Zeit und einem bestimmten Ort.

Die wirkliche Geschichte ist dabei ausgeschlossen. Zu dieser Geschichte gehören nicht nur Bauten bestimmter Ausformung — sie wäre auch bei minutiöser Rekonstruktion verfehlt. Auch die Zerstörung ist Stadtgeschichte. Man darf — und man kann es dann auch gar nicht — eine zerstörte Stadt nicht so aufbauen, als sei nichts gewesen, genauer, man kann diese Stadt Berlin, die dreizehn Jahre lang Hauptstadt des Faschismus war, Kommandozentrale einer Armee, die ganz Europa überfiel und Sitz einer Terrororganisation, die viele Millionen Menschen, Juden, Widerstandskämpfer, Sozialisten, Geistesranke, Homosexuelle gefoltert, vergast, erschossen, zum Verhungern gebracht hat, einfach wiederaufbauen, als sei es irgendeine Stadt, als hätte es ein Erdbeben gegeben, das Anlaß war, mit Gott zu hadern wie 1735, nicht aber mit diesem wiederaufbauenden Volk, dieser nicht von der Erde verschwundenen Stadt. Wenn es Stadtgeschichte geben soll — wir haben keine andere. Wir haben historische Bauten nur durch die Zerstörung hindurch und eine Stadtgeschichte, in der die Lebensverhältnisse der Menschen periodisch durch Verfolgung, Straßenschlachten, Massenmord, Krieg und Hunger zerstört wurden.

Die Friedrichstadt war darüber hinaus nicht nur Teil der Hauptstadt des Faschismus, sondern Sitz der wichtigsten Organe der Diktatur, fast Block für Block davon

durchdrungen, was noch heute nicht ganz aus dem Stadtbild verschwunden ist. Neutrales Trümmergelände oder eingezäuntes Grün bedeckt heute die sorgfältig von allen Resten befreiten Gelände. So wie das KZ Columbiahaus, in dem vier Jahre lang unaufzählbare Greuel begangen wurden, im Zuge des Flughafenbaus 1936/37 unter dem Pflaster des Columbiadammes verschwand, so steht dem Reichssicherheitshauptamt, dem Volkgerichtshof ein ähnlich solides Vergessen bevor. Das reparierte Stadtbild enthält keine Orientierungen für die wirkliche Geschichte, die der Brüche, Lücken, Zerstörungen, für die wenigen Spuren, die noch übrig sind, weil man sie beim Abriß und Ausgraben der Fundamente übersah. So wenig, wie diese Gesellschaft Kranke als Kranke (statt sie zu kasernieren) einbeziehen kann in ihr Leben, so wenig die Stadtplanung Zerstörtes, Halberhaltenes, Reste.

Die Verallgemeinerung steht hier absichtlich: es ist, so allgemein genommen, kein Zufall dieser Stadt, dieser Verwaltung. Die Unfähigkeit, mit Zerstörtem umzugehen, wird, je mehr die Zerstörungen sich häufen, ein Wesensmerkmal unserer Gesellschaft, daß sich im staatlichen Vorgehen wie in den individuellen Verhaltensweisen aller zeigt. Krankheit, Tod, Wahnsinn werden ausgeschieden aus der Lebenswirklichkeit und in speziellen Anstalten konzentriert; rassisch und national abweichende Gruppen werden, besonders wenn sie Gastarbeiter bzw. Asyl- und Arbeitsuchende aus Ländern der Dritten Welt sind, von Bürgerprotesten und staatlichen Verteilungsmaßnahmen durch die Städte geschoben, von Ghetto zu Ghetto, wie in Berlin Türken und Pakistaner; zur Herstellung der Sanierungsreife duldet man sie, wie die anpassungsfähigen eigenen Landleute in den Obdachlosensiedlungen. Auch das Bild der Stadt unterliegt diesem kollektiven Reinigungszwang: das Ideal der Verwaltung wie der schweigenden Mehrheit ist die lückenlose, narbenlose Stadt mit



Luftaufnahme der südlichen Friedrichstadt, von Süden, um 1950

einem von konkreten Spuren gereinigten historischen Kern.

Orts- und parteispezifisch ist die Art und Weise, wie dies geschieht. Ortsspezifisch, weil in Berlin schon immer ohne Rücksicht auf Verluste abgerissen wurde, mit Vorliebe für den Straßenbau. Parteispezifisch, weil die weitgehend von der SPD geprägte Verwaltung aus den politischen Orientierungen der SPD heraus weder ein konservatives Interesse an der Stadtgeschichte hatte, noch ein politisches Interesse an einer aktiven Auseinandersetzung mit der faschistischen Vergangenheit. Der völlige Abriß der Ruine der Gedächtniskirche wurde mittendrin durch einen Massenprotest der Berliner Bevölkerung verhindert. Anderswo fehlte dieser Druck; selbst eine so mythologisch große Ruine wie die des Anhalter Bahnhofs (Benjamin nannte ihn einst den Mutterleib der Eisenbahnzüge) wurde trotz individueller Proteste abgerissen (ahnungslos und ungewarnt, wie die Verwaltung heute behauptet, war sie damals nicht, nur zwang sie keiner). Für die Erhaltung der Trümmer der faschistischen Zentralen gab es erst recht keinen Anhalt: man riß einfach ab, um die Voraussetzungen für einen globalen Neubeginn zu fördern. Daß das naiv geschah – daß keiner gewußt hat, was man tat –, vermag ich nicht zu glauben. Zu viele kannten die Adresse, zu viele waren dort verschwunden.

Heute, in einer anderen kulturell-politischen Konjunktur, wieder Geschichte auf eben dieser rasierten Fläche herstellen zu wollen, verstrickt unvermeidlich noch tiefer in Verdrängung. Auch Bauten können lügen; dann etwa, wenn sie saniert aus den Händen einer Baugesellschaft hervorgehen, innen ausgeweidet und wiederausgestopft; oder wenn, wie in der Lindenstraße geplant, Neubauten mit echten Fassadenteilen alter, nicht einmal lokalidentischer Bauten bestückt werden (Ephraim-palais, Feilnerhaus). So entsteht eine Stadtgeschichte ohne Opfer, ohne Zerstörungen, multiplizierbar und alterslos: ein Stadtbild ohne Geschichte. Es mag unbillig und verkürzend sein, darauf hinzuweisen, daß die entwerfenden Architekten (Krier, Ungers u.a.) sich dabei der Ordnungsmuster und Fassadenmotive eines Klassizismus bedienen, der seinen Durchgang durch den Faschismus nicht verheimlicht. Aber die Pointe ist sachlich zu logisch, um unterdrückt zu werden – klassischerweise die Wiederkehr des Verdrängten.

DER SPIELPLATZ UND DAS REICHSSICHERHEITSHAUPTAMT

In dem einfachen Muster: Bedürfnisse der Bevölkerung contra autoritäre, technokratische Verwaltung läßt sich die Sache überhaupt nicht diskutieren. Die Bewohner deutscher Stadtviertel pflegen sich in ihrer überwiegenden Mehrheit keineswegs dafür einzusetzen, daß die historischen Wunden ihres Viertels offengehalten werden. Die älteren haben ihre Gründe, das Gewesene zu vergessen; die jüngeren sind ahnungslos, für sie ist der Faschismus sowieso so etwas ähnliches wie das Mittelalter. Die wenigen Hinweistafeln und Denkmäler, die es überhaupt im Stadtbild gibt, sind unvollständig, parteiisch, verharmlosend oder einfach wehleidig-passiv. Letzteres vor allem unter dem Titel „In schwerer Zeit ...“; parteiisch, weil die Linke dabei nicht vorkommt; unvollständig, so wenn in der Berliner Kantstr. 152 auf Ossietzkis Nobelpreis verwiesen wird, nicht aber auf das KZ Oranienburg; verharmlosend, weil sie mit den Greueln des Faschismus umgehen wie mit einer Hochwasserkatastrophe.

In den Arbeitervierteln gibt es die Erinnerungen an historische Kämpfe, Niederlagen, Verluste noch. Es gibt aber kein öffentliches Gedächtnis, keine lebendige Arbeiterorganisation, die die Orte kennt, die Namen weiß. Die Erinnerungen gehören einzelnen oder kleinen Gruppen, die sie, wenn man sie befragt, bereitwillig weitergeben. Historiker, Videoteute, politische Gruppen halten fest, was sie erfahren; zur Erfahrung der Bewohner des Viertels insgesamt gehört es nicht mehr und kann es in dieser Form der Konservierung in einer immer fremderen Umwelt nicht gehören. Dazu kommt ein zweites. Viertelgeschichte ist das, was jeder weiß, was die Kinder schon hören und sich ausmalen, es ist Teil der Selbstverständlichkeiten, die den alltäglichen Verständigungen zwischen den Bewohnern unterliegen. Mit dem Abriß ganzer Häuserblocks zerreißt auch dies Orientierungssystem, die Bevölkerung wechselt, ganz unterschiedliche Ebenen und Formen von Erfahrung des Viertels kommen nebeneinander vor und isolieren sich als Kommunikationsbarrieren gegeneinander, deren Mehrheit auch das Viertel als neues, nicht mehr oder noch nicht kenntliches Objekt erfährt.

So stellt sich eine Erfahrungsstruktur her, in der einzelne in bezug auf das Viertel Erfahrungen suchen und machen.

Die Geschichte des Viertels ist nicht ihre Geschichte und ihnen unbekannt oder ungreifbar. Das Viertel als Objekt ist etwas, was für sie erst neu beschriftet, zu einem Zusammenhang ihrer persönlichen Lebensgeschichte werden muß. Das Viertel ist dabei ein Objekt wie die Wohnung: ein Punkt, der die partielle Ausformulierung von Lebensidentität erlaubt. So entsteht Kiezbewußtsein: die Auffüllung eines Stadtviertels mit persönlichen Bedürfnissen, Aversionen, Erinnerungen und als Wissenstoff erworbenen historischen Kenntnissen. Der Kiez ist ein Nenner, um Veränderungen abzuwehren, affektive Beziehungen herzustellen, ein „wir“ gegen andere und gegen die Verwaltung zu formulieren.

Aus der gemeinsam gelebten Viertelgeschichte ist also die Aggregation von Bewußtseins-einstellungen geworden, die sich in einem überschaubaren Wohnbezirk auf den gemeinsamen Ort richten. Die vorgefallene Veränderung ist doppelt: es hat sich die Erfahrungsstruktur geändert, und damit Hand in Hand auch der Gegenstand – aus der im Viertel gemachten Geschichte ist das mehr oder minder historische oder durch eigene Erfahrungen überhaupt erst quasihistorisch zu besetzende Stadtgebiet geworden. Damit hat sich der Geschichtsbezug zutiefst geändert: am Viertel hängt persönliche Geschichte. Die politische, allgemeine Geschichte findet anderswo statt, in anderen Gegenden, Städten oder im Fernsehen, sie ist von da aus prinzipiell ortlos.

Die Arbeiterbewegung leistete, wenn sie im Viertel präsent war, als Partei, Arbeitersportverein usw., die Vermittlung von persönlicher Erfahrung und historischem Prozeß, das, was man in anderen Worten das Verhältnis von „kleiner“ und „großer“ Geschichte nennen könnte. Das Neukölln der zwanziger Jahre beispielsweise (um in Berlin zu bleiben) war strukturiert durch die die Straßenzüge am Rollberg insgesamt besetzende politische Solidarität der Bewohner, die in den Kämpfen von 1919 und den Barrikaden von 1929 zugleich lokal und in Begriffen des historischen Gesamtprozesses auftrat, ebenso aber auch durch die Arbeitersportvereine, die, wie das Beispiel Werner Seelenbinders zeigt, diese Vermittlung auf ihrer Ebene ebenfalls leisteten. Heute fehlt diese Vermittlung. Der historische Prozeß ist für die einzelnen gleich welcher sozialen Zugehörigkeit, grundsätzlich abstrakt geworden. Die Erfahrung, in die politische Tagesdynamik weder eingreifen noch die grundsätzlichen Weichenstellungen auf sich beziehen zu können, hat in den Vorstellungen der einzelnen überhaupt den Bezug auf die „große“ Geschichte ausgelöscht, insgesamt auch jede historische Vergangenheit, die ja erst recht nicht als eigene vorstellbar ist, sondern ein kollektives Subjekt braucht, um beziehungbar zu sein. Stattdessen baut sich aus den privaten Objektbeziehungen sekundär eine historische Erfahrung auf, die individuell lebensgeschichtlich beschränkt, aber auch in Bewegung gehalten, vor Abstraktion durch zentrale Funktionalisierungen besser geschützt ist. Mit ihr, nicht mit Hoffnungen

auf Wiederkehr des alten Vermittlungsmodells, haben wir bei politisch-städtebaulicher Argumentation zu tun.

Diese neue Erfahrungsform, in der das Stadtviertel mitsamt seiner Geschichte Objekt persönlicher Geschichte ist, ist heute auch so weit entwickelt, daß ihre eigenen Widersprüche öffentlich werden. Alle neuen Einsichten und Begriffe sind also schon wieder politisch strittig, statt als eindeutiger neuer Schritt gegen eine am herkömmlichen abstrahierenden Verwaltungszentrismus unbeirrt festhaltende politische Bürokratie gewendet zu werden. Begriffe wie Bürgerbeteiligung, Kiezzugehörigkeit; Haltungen wie Ablehnung von Großsiedlungen, Wohnfunktionalismus, Flächensanierung; Aktionsformen wie Stadtteilstiftung, Bürgerinitiativen gegen geplante zentrale Institutionen: all das ist bereits wieder zweideutig geworden, strittig, zwischen linken und rechten Initiativen, Verwaltung und privaten Architekten. Die Protestformen gegen Autobahnbauprojekte dienen der Abwehr von Ausländern und der Abschiebung von Lärmbelastungen in weniger potente Viertel, die der Verteidigung des Viertels gegen Abriß der Aufrechterhaltung von Privilegien und einer widerstandslosen Oberfläche.

Letzteres trifft freilich nicht die Bedürfnisse der Mehrheit. Die Identifikation mit dem Viertel dürfte zwar allgemein eine mit einer gereinigten Geschichte sein, die am Design hängt, an historischer Bildlichkeit als Objektausstattung der Wohnverhältnisse. Aber der Stellenwert historischen Komforts ist insgesamt sehr gering gegenüber direkteren Bedürfnissen wie nahen Spielgelegenheiten, sicheren Fußgängerüberwegen, Lärmschutz gegen Durchgangsverkehr, ausreichende, nahe Grünflächen, usw. Die historische Stadtfolie bleibt in diesem Zusammenhang eher ein ästhetisches Angebot von oben, das einer an ihren Reformzielen scheiternden SPD eine neue Legitimationsbasis verschaffen soll, das auch in dem Augenblick auf Widerstand stoßen dürfte, wo es mit unmittelbaren Interessen kollidiert. Es kommt hier also geradezu zu einer Umkehrung der gewohnten Themenstellung: daß die politische Verwaltung Momente der Stadtgestalt festhält gegen privatisierende Bewohnerinteressen.

In der Berliner südlichen Friedrichstadt muß man nun gerade von diesem Sachstand ausgehen, zusätzlich verunklärt allerdings dadurch, daß das Viertel noch in großen Teilen brach liegt, in anderen erst seit kurzer Zeit bewohnt ist, bewohnt von Leuten, die noch zum Viertel kein Verhältnis haben, sich aber mit dem außerhalb ihrer Wohnanlagen Vorhandenen — diesem eigenartigen Ineinander von Ruinenfeldern, Imbißstuben, stehengebliebenen Häusern der alten Geschäftsstadt, zentralen Institutionen wie Arbeitsamt für Kopfarbeiter, Ordnungsamt und Fremdenpolizei, das alles zusammengehalten durch die Spuren alter Raumbeziehungen, den Checkpoint Charly und die Mauer — nicht anfreunden oder gar identifizieren können, sondern Lärm und Schmutz vor ihrer Tür und den ungesicherten Wegen ihrer Kinder zum Spielplatz beklagen. An den Bewohnern die das Sozialamt in den bezirkseigenen Häusern auf der ehemaligen Südtangentenstraße seit langer Zeit zu stationieren pflegt, sehen sie sowieso vorbei; was sie vor allem stört, sind die nächtlich zur Blumengroßmarkthalle fahrenden Lastwagen und die asylsuchenden Pakistaner, für die man aufgrund ihrer Proteste wenigstens einen Toilettenkontainer auf der Straße abgestellt hat.

Für sie ist die Wohngegend eine Ausstülpung der U-Bahnstation Hallisches Tor und des Mehringplatzes; die alte Stadtfigur ist ihnen uneinsichtig und bliebe ihnen, selbst wenn man sie ihnen kartographisch erklärte, sinnlos. Die Ruinenflächen nahe der Mauer sind undefinierter Rand, der dem Mauertourismus gehört, so nahe die gerade verdoppelte Grundschule, die ihre Kinder besuchen, in dieses Niemandsland auch schon vorstößt. Die Flächen des Reichssicherheitshauptamts sind für sie doppelt fern, zeitlich wie örtlich. Sie sind als Orte ohnehin nicht erkennbar — den Ort des ehemaligen Palais Prinz Albrecht überdeckt großenteils der jedem Kreuzberger wohlbekannte Autodrom — „Fahren ab 18 ohne Führerschein“, als die Landmarke schlechthin in diesem Gelände. Auf dem Grundstück Prinz-Albrecht-Str. 8 wenden Lastwagen und Bagger ständig neue Erd- und Schutthaufen hin und her unter dem lädierten Kranzgesims des dunklen, hohlen Gropius'schen Kunstge-

werbemuseums. Ferner können Geschichte und eigenes Leben nicht auseinanderliegen.

DER STADTPLANER ALS HISTORIKER

Es scheint nun, als könnte hier nur das idealistische Gewissen einiger Intellektueller aus helfen, der Grimm und die Vergessensweigerung von Leuten, die die Stadtzerstörung und die faschistische Vergangenheit des eigenen Volkes, der eigenen Stadt so tief betrifft, so dauerhaft ihnen zu schaffen macht, daß sie sich damit, wie die Dinge naturwüchsig laufen, nicht beruhigen können. Aber so getrennt von allen realen Interessen und Entwicklungen ist das Interesse an der Stadtgeschichte nicht.

Das Konzept der Stadtreparatur wird propagiert zu einem Zeitpunkt, wo der Staat sich, selber in einer Finanzkrise, zunehmend aus dem Wohnungsbau zurückzieht, zum Ersatz also gezwungen ist, entsprechende privatwirtschaftliche Steigerungen der Bodenrendite zu akzeptieren. Da weniger gebaut wird, kann besser gebaut werden, sagt die Verwaltung; das ist auch soweit richtig, als gleichbleibende Kapazitäten der Verwaltung sich mit immer weniger Bauvolumen administrativ befassen. Gebaut wird aber privatwirtschaftlich, die höhere städtebauliche Qualität (z.B. statt eines durchgehenden standardisierten Baublocks 10 verschiedene Haustypen von unterschiedlichen Architekturbüros nebeneinander zu bauen) muß über die Mieten bezahlt werden (und auch staatliche Annuitätszuschüsse wären nicht ewig). Wenn aber dafür bezahlt werden muß, wird auch von allen Interessenten erwogen werden, ob und was sie eigentlich für ihr Geld erhalten. Wenn Stadtreparatur, wie im Falle des Wilmersdorfer Beispiels Prager Platz, darauf hinausläuft, nach Art der Terraingesellschaften aus dem vorigen Jahrhundert bevorzugte Stadtbereiche für gehobene Bedürfnisse zu bauen, gerät die Architektur in Zugzwang: der ästhetische Komfort muß Geld wert sein.

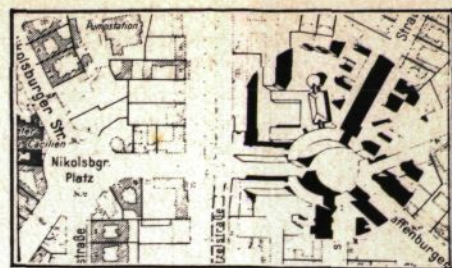
Dieses Modell ist einerseits begrenzt durch die Nachfrage nach entsprechend teuren Wohnungen bzw. auch durch das Maß, in dem staatliche Bezuschussung politisch rentabel gemacht werden kann, es ist andererseits begrenzt von der Möglichkeit der Architektur her, das zu liefern, was die höheren Ausgaben für das Design seitens der Baugesellschaften, für die Mieten seitens der Abnehmer rechtfertigt. Denn eine *als solche* vorhandene städtebauliche Qualität gibt es nicht, sie ist von Architekten, die vergangene Raumsituationen abkupfern unter Abstraktion von den sozialen Verhältnissen, die sie hervorgerufen haben, auch nicht zu erwarten, auch nicht von den internationalen Virtuosen und ihren wiedererkennbaren strukturellen Versatzstücken, die dem Vorgehen Pate stehen. Die Stadtreparatur enthält eine Wette, die grundsätzlich nicht gewonnen werden kann, weil die Bedürfnisse, auf die ökonomisch spekuliert wird, mit den Mitteln der Architektur — in einer gegenüber dem vorigen Jahrhundert stark veränderten Situation — grundsätzlich nicht zufrieden-



Wilhelmstraße (ehemals Sitz der Reichskanzlei und des Führerhauptquartiers) — heute

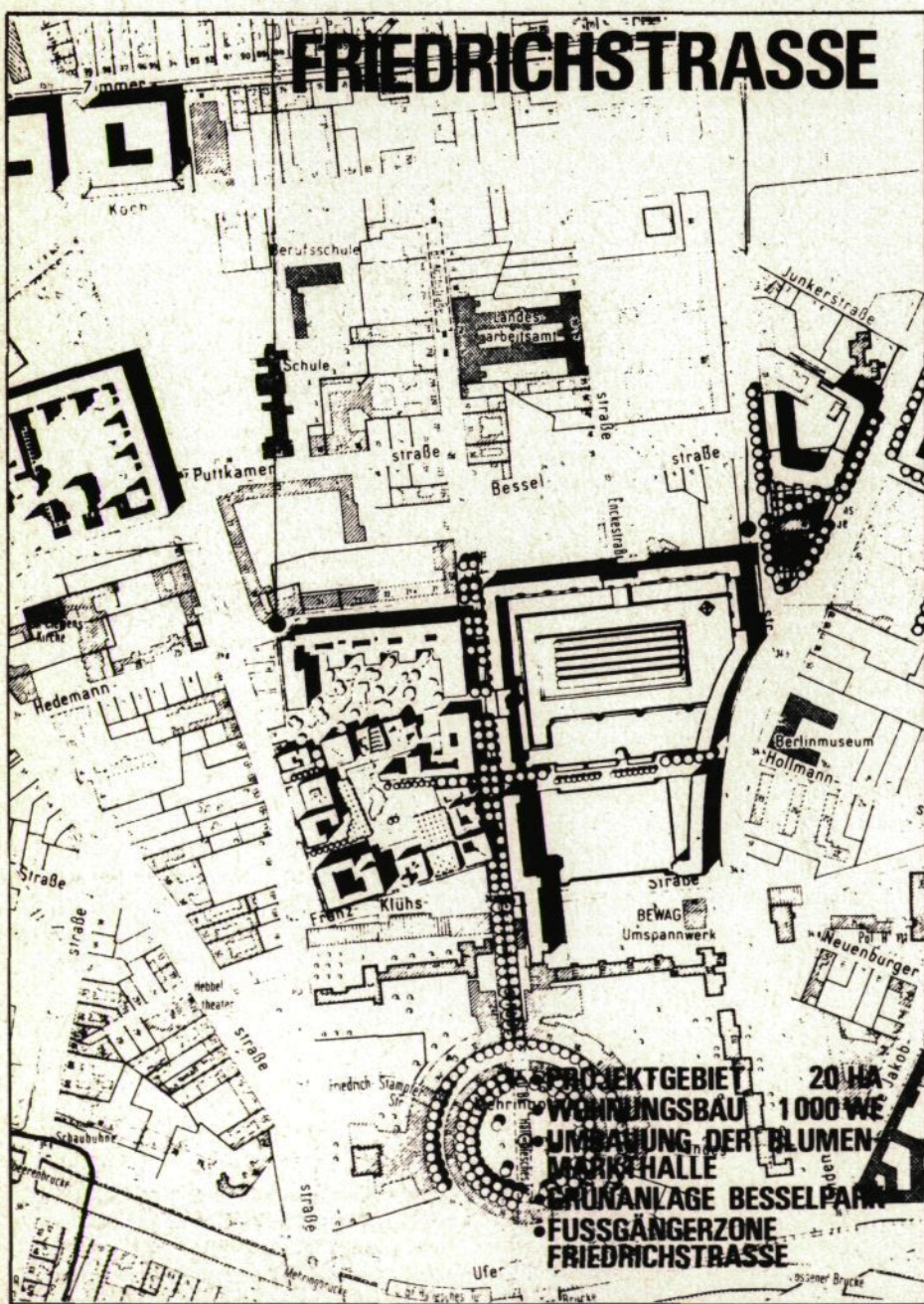
Diese Grenze ist keine der Fähigkeiten, sondern der Sache — des Gebäudedesigns. Die Herstellung typisierter Hausindividuen (Ungers) stiftet keinen städtischen Zusammenhang, wo er nicht schon da ist. Die Aufnahme von Richtungsverweisen (Himmels-, Ortsrichtungen, Funktionsbeziehungen) in die Struktur des Gebäudes bleibt abstrakt: die funktionalen Direktiven, an denen sich heutige Menschen orientieren, sind informell und ungleich komplizierter. Die Herstellung von Blickachsen und zu Piazzan ausgeweiteten Gebäudenischen stellt Szenen her, deren Akteure längst gestorben sind, bewirkt aber gerade das nicht, was zu bewirken es verspricht: aktuelle Erfahrung, Beziehungsbildung (eher das Gegenteil: die Blickachse, die nirgendwo hinführt; denn wo könnten, nachdem nicht nur Götter und Tempel, sondern auch alle vaterländischen Monumente tot und hinüber sind, Blickachsen hinführen?)

Im Design der Stadtreparatur verkümmert die Stadtgestalt zur isolierten Objektfunktion. Nun scheint das zwar staatlich einholbar, als könnte die Verwaltung, wenn sie schon nicht mehr die Masse der Einzelobjekte finanzieren kann, doch, wie einst James Hobrecht, den städtebaulichen Zusammenhang nehmen? Beauftragt man eine Planungsgruppe mit der Systematisierung des Geländes, schreibt einen Wettbewerb aus oder veranstaltet ein Entwurfsseminar — es wiederholt sich, in vergröß-



tem Maßstab unweigerlich die Willkür des Objekt-Designs: sinnlose Platzfolgen und Rondells, dekorative Parks, wo gerade nichts besseres hinpaßt, barocke Blickachsen und Straßensterne ohne Ausgangs- und Zielpunkt, nur mal so. Aber das ist nicht einmal ernst gemeint: ernst ist nur die Absicht, den derart situierten (das wenigstens) Häuserblock zu bauen. Für die Verteilungsweise — Achsialität, Symmetrie und minimale Abweichung — gibt es prinzipiell keinen Grund. Die Verhältnisse, die sich in barocken Stadtfiguren ausdrücken, sind untergegangen; das Bürgerum als Träger wenigstens noch einer perspektivisch-visuellen Stadtbildordnung ist abgetreten. Von der mythischen Substanz, die in den Richtungsbeziehungen archaischer Städte wirksam war, braucht man da gar nicht erst zu reden. Es gibt heute keinerlei Form, die Anschaulichkeit gesellschaftlichen Bewußtseins, kollektiver Bedürfnisse sein könnte. Jede nachgemachte Ornamentik gerät unfehlbar zum Desaster, was im Falle des Städtebaus kein Geschmacksurteil ist, sondern eine Frage der Erfahrungsbedingungen derer, die das Gebaute bewohnen sollen.

Die Planungstätigkeit des Staates kann sich ästhetisch eben von der Sache her nicht ausdrücken. Der Flächennutzungsplan enthält den Verbrauch emblematisch lesbarer, anschaulicher Stadtgrundrisse als Vorgeschichte in sich. Dieselbe Abstraktheit, die nach dem Krieg die Abräumung der Ruinen als Vorleistung für eine rationale Flächenplanung verstehen ließ, steckt auch in allen positiven Lokalisierungen der als notwendig geplanten funktionellen Einrichtungen — dies ist kein zufälliger historischer Tatbestand (weil alle historischen Anhaltspunkte und Formen abgeräumt wurden, bleibt an diesem Ort nur noch willkürliche Neuorganisation), sondern ein sachliches Verhältnis, ein historischer Bedingungs Zusammenhang. Jegliche Lokalisierung, die über abstrakte funktionale Erwägungen, wie sie der Stadtplanung der 50er und 60er Jahre weitgehend zugrundelag, hinausgeht, ist von daher eine vom Planungsansatz zu erbringender kommunaler Leistungen abgehobene ästhetische Willkür, Ornament. Das Großornament des *Märkischen Viertels* hat sich als solches schon erwiesen in dem ungeheuren Widerspruch zwischen der Leichtigkeit, mit der dieses Ornament eines nachts auf das Papier gezeichnet worden ist, und der Masse von Wohnungen, Wegdistanzen, Flächengrößen, Betonmassen, im Endeffekt vor allem auch Menschen, Lebenszeit, Beziehungsbedürftigkeit, die faktisch dadurch organisiert wurde. Das Ergebnis



Neuplanung von O.-M. Ungers: Stadt-Öffentlichkeit statt neuer Wohnqualitäten? Statt Öffentlichkeit: Kaschierung von „Funktionsbauten“ – zu wessen Nutzen? – vor wessen Blicken? (aus der Vorlage des Berliner Senats für das Abgeordnetenhaus, 6.6.78)

war notwendig unmenschlich. Aber der Lernprozeß, der der staatlichen Planung dadurch aufgezwungen worden ist, droht in die falsche Richtung zu gehen: statt des Großornaments versucht man es mit kleinen, gehäuften Detailornamenten. Damit detailliert sich der Widerspruch, ohne daß sich die ästhetische Willkür, die Fremdheit gegenüber den von oben geplanten Funktionen und den Gewohnheiten und Bedürfnissen der Bewohner verringerte: sie wechselt nur den Maßstab. Gleichzeitig delegiert sie aber, wie oben gezeigt, das Figurganze an das (noch dazu zunehmend privatwirtschaftliche) Design der Einzelobjekte.

Die Verwaltung hat ihren Ausgangspunkt, die Funktionsplanung, geronnen im gesetzlichen Flächennutzungsplan, gar nicht richtig begriffen, wenn sie so billig die zerstörerischen Folgen ihres Ansatzes zu parieren hofft. Im Planungsinstrument stecken aber nach wie vor die herrschenden gesellschaftlichen Bedingungen. Die ästhetische Regression ist demgegenüber ein Verkleidungsproblem, das von der Krise eben dieses staatlichen Planungshandelns ablenkt, ihr gegenüber auch wirkungslos bleibt. Da liegt das grundsätzliche Problem: die Planungskrise kann gar nicht unter Beibehaltung aller grundlegenden politischen Entscheidungsstrukturen gelöst werden, schon gar nicht dadurch, daß die kommunale Stadtplanung sich selber ästhetische Kompetenzen anmaßt, die inkommensurabel sind, oder diese parzelliert an Einzelindividuen delegiert, als wären wir noch im Zeitalter der Terraingesellschaften und Baumeisterarchitekten. Die einzig wirksame Lösung der Planungskrise ist darum auch nicht nur von Einsichten der Verwaltung abhängig, so weit sie in Wahlzeiten und bei bedrohter Mehrheit gehen mögen, sondern davon, daß sich neue Organisationsformen sozialer Bedürfnisse als Basisinitiativen entwickeln, die in einer offenen Auseinandersetzung sich den Spielraum erkämpfen, andere Ausgangspunkte der Planung, andere Lebensformen allererst so weit zu entwickeln, daß sie sich in neuen Orientierungen dafür niederschlagen können, wie Stadtbereiche sein sollen, wie sich Arbeit und Wohnen, materielle und soziale Bedürfnisse zueinander verhalten können, was gebraucht wird, welche Verkehrswege, welche Art gemeinsamer Einrichtungen und Erholungszonen, Werkstätten und Lernorte, ob überhaupt formelle Lokalisierungen wie Plätze, Grüngürtel usw., alles ja reichlich historistische Formvorstellungen, gebraucht werden.

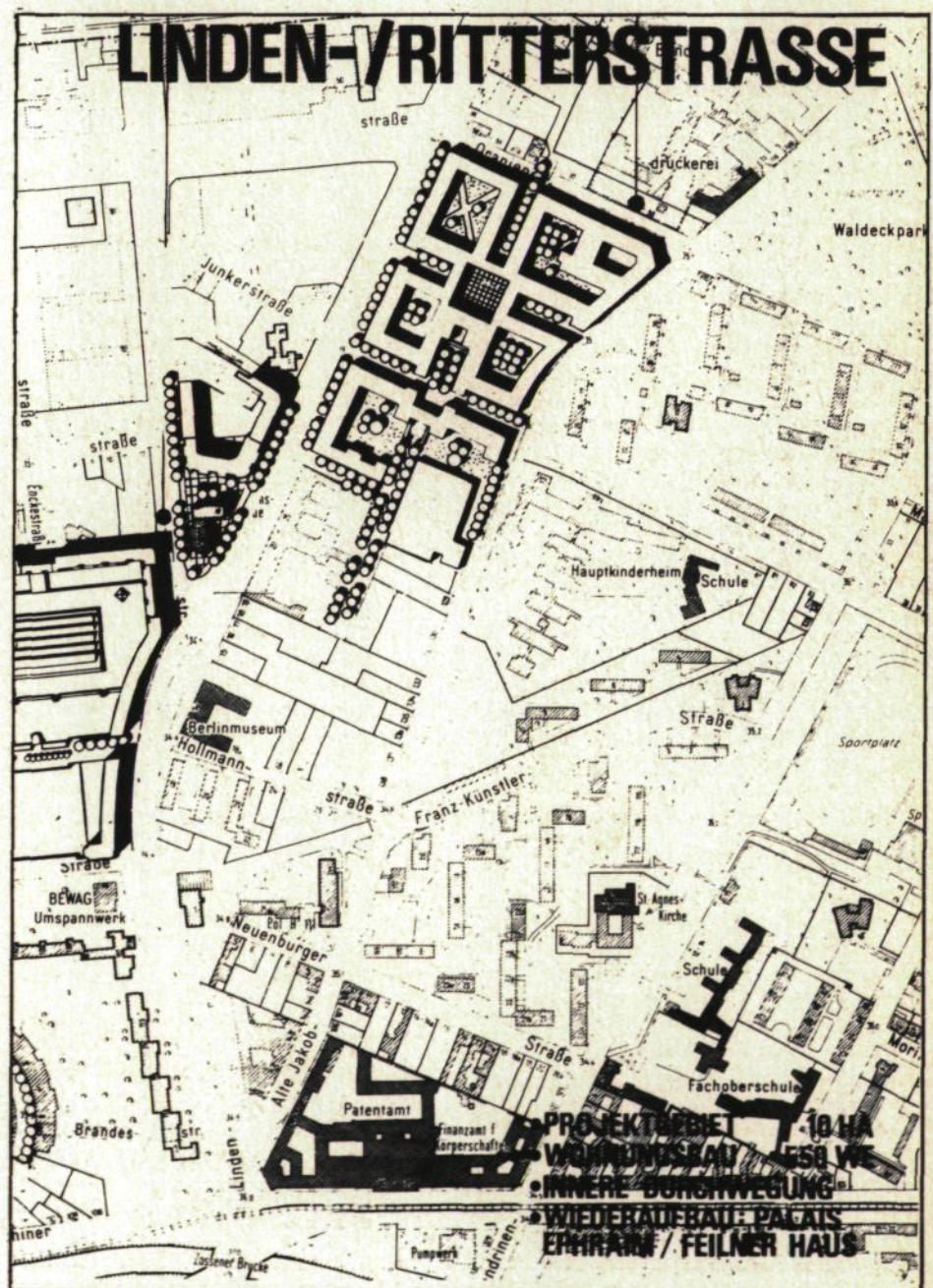
Die Funktionsplanung als reines Instrument der Lokalisierung und Quantifizierung von Versorgungsleistungen enthält mit den Bedingungen der politischen Situation zugleich notwendige progressive Momente: die Aufhebung privatwirtschaftlicher Planungskompetenz und den Verzicht auf staatlich verordnete Repräsentativität der Wohn-, Verkehrs-, Arbeits- und Lebens-einrichtungen, wie sie zuletzt noch der Faschismus versucht hat. Beides kann nur auf der Ebene des Designs rückgängig gemacht werden, nicht als historischer Standpunkt. Der ästhetische Spielraum, der dadurch entsteht, daß ästhetische Angebote,

wie überall im Warendesign, zwar stets nur zeitweise, jeweils aber mehrheitlich angenommen werden, ist doch und bleibt vorläufig, eine politische Manövrierzone, keine Lösung der Planungskrise. In welche Richtung kann nun aber die abstrakte Planungskompetenz der Verwaltung sonst entwickelt werden, da ja doch weiterhin Lokalisierungen im Interesse aller vorgenommen werden müssen?

Formuliert man die progressiven Momente abstrakter Flächenplanung, die ich eben nannte, positiv, dann enthalten sie eine doppelte Folgerung: Produzent von Stadtformen sind die Lebensverhältnisse selbst. Es gibt auch nicht mehr in Restform eine als Stadtgrundriß und Raumform anschauliche mythische Tiefe von Siedlungsformen. Das, was aus der Vergangenheit in die Planung heutiger Lebensverhältnisse hineinreicht, ist Geschichte, die Vorgeschichte der heutigen Verhältnisse – also kein betrachtbares Bild, sondern ein Prozeß, der mit den heutigen Verhältnissen

zu tun hat und ihre perspektivische Tiefe ausmacht. Diese Geschichte ist da. Sie muß nicht erfunden, sondern nur aus der Verdrängung befreit werden. Auf sie beziehen sich notwendigerweise also alle Versuche, über die bloße planerische Notwendigkeit eines bestimmten Maßes von Einrichtungen in einem gegebenen Planungsgebiet hinauszukommen. Die historische Brechung ist diejenige Konkretisierungsfunktion von Planung, die einer zentralen Planungsinstanz zukommen kann, unter den gegebenen Verhältnissen nur ihr zukommt und ihr als einzige zukommt.

Die andere mögliche Konkretisierung nach der historischen Aufhebung aller religiösen, staatlichen und klassenmäßigen Stadtbildformen ist die Brechung des Planungsangebots durch die von den Betroffenen selbst formulierten Bedürfnisse, ein Anspruch, den die zentrale Verwaltung schlechterdings nicht übernehmen und erfüllen kann, auch dann nicht, wenn, wie in unseren Verhältnissen, wirksame Basisinitia-



Neuplanung von R. Krier: Symbolisierung differenzierter sozialer Raumcharaktere – leeres Zeichen oder neue Gebrauchsmöglichkeiten?



Überblick Gesamtplanung Tiergarten/Friedrichstadt: Planung oder Plangrafik? Städtische Inseln, Achsen ins Leere ...

tiven kaum oder zu wenig vorhanden sind und die Mehrheit sich in einem schweigenen, durch technischen Komfort und schichtspezifisch auch Designangebote sedierten Verbrauchspositivismus (was kriege ich für mein Geld) verunmündigt und verunmündigen läßt. (Eine solche Kompetenzfeststellung stellt keine – was idealistisch wäre – Handlungsweisung dar, sondern den Versuch, die Logik der Situation zu formulieren.)

Das historische Problem hängt an dem besonderen historischen Planungsstandpunkt, wie er heute in allen spätkapitalistischen Gesellschaften gegeben ist – bei naturwüchsigen Besiedlungen stellte und stellt (vgl. die südamerikanischen Vorstadtansiedlungen) es sich nicht: Verbrauch von Natur, soziale Kooperation, Arbeitsweise und Erfahrungsbildung drücken sich unmittelbar in der allmählichen Durchbildung der Siedlung aus. Unter Planbedingungen stellt es sich aber generell, gleich ob Wiederaufbau oder Neubebauung bislang städtisch nicht erschlossener Flächen (insofern war die Gleichbehandlung in den 50er und 60er Jahren, wenn im Effekt, als bloße Flächenplanung, ignorant und beziehungslos, so doch grundsätzlich berechtigt). Im Falle des Wiederaufbaus könnte es nämlich ausreichend scheinen, sich an die alten Blockfronten zu halten, um wenigstens eine ästhetisch nicht überfordernde Orientierung für die Lokalisierung der Baumasse zu haben: es würde also ein Teil der zerstörten Stadttypologie in die Neubebauung aufgenommen, was auch in Detailzüge fortsetzbar wäre (so die Anpassungsarchitektur innerhalb neuerer Sanierungsvorhaben). Aber es geht grundsätzlich eben nicht um das historische Stadtbild und dessen Einzelzüge, so richtig im Einzelfall die Einhaltung historischer Baufluchten als Ergebnis sein mag. Daß der historische Prozeß selber sichtbar bleibt und immer neu wieder sichtbar wird, daß also auch die gegenwärtige Praxis nicht zugunsten historischer Zustände, historische Baumstände und Kriegs- oder Sanierungszerstörung zugunsten eines fiktiven historischen Stadtbildes, die wirklichen Verhältnisse zugunsten dekorativ gebauter Lügen unterdrückt werden, erst das rechtfertigt sachlich (außerhalb der eingeschliffenen staatlichen

Zugriffsmacht an sich) die zentrale Planungsfunktion und gibt ihr die nötigen Ansatzpunkte für regulative Entscheidungen.

Es ist mir klar, daß dies zu prinzipiell gedacht ist, um einer Baubehörde unter den augenblicklichen Umständen überlegenswert zu sein – das ist aber auch nicht der Sinn dieser Diskussion. Vielmehr scheint es mir nötig, Forderungen und Vorstellungen zu entwickeln, die sich nicht nur kritisch an die übermächtige staatliche Bau- und Entscheidungsgewalt richten, nicht nur negativ bleiben (in der uneingeordneten, infantilen auf das Vaterbild fixierten Voraussetzung, nie selber an Entscheidungsstelle zu stehen und handeln zu müssen, beste Voraussetzung, um umstandslos durch die bloße Verlockung, selber machen zu dürfen, käuflich zu sein), sondern sich Veränderungen zutrauen und sich daher auch realistisch ausdrücken in dem Sinne, daß sie die Dialektik von unterschiedlichen widersprüchlichen Basisbedürfnissen und zentralisierenden Entscheidungsstrukturen bereits in sich haben.

In diesem Sinne verstehe ich das Insistieren auf der historischen Wirklichkeit der Stadt (oder allgemeiner jeder Siedlungsform) als solidarischen Widerspruch gegen die Heutigkeit von Basisbedürfnissen (nicht Mehrheitsbedürfnissen). Die Sichtbarkeit des historischen Prozesses zielt nicht auf die bloßen Objekte, sondern auf die Praxisformen und Opfer, die daran hängen und hängen, angefangen von den Vierteln, in denen die Arbeiter kaserniert wurden, über die Stadt, die nicht die der Frauen, der Kinder, der Homosexuellen, der Schwarzen, der Kranken und Wahnsinnigen ist, für die alle besondere Abschließungsformen da waren, noch heute da sind, bis zu der unkenntlich gemachten, verbrauchten, sowohl zugedeckten wie materiell in Mauern und Straßen decken umgesetzten, in alledem sowohl ausgebeuteten wie ausgeschlossenen Natur.

ZERSTÖRTE STADT – SICHTBARE GESCHICHTE

Was es heißt, die Sichtbarkeit des historischen Prozesses herzustellen, soll nun kurz am Beispiel der südlichen Friedrichstadt

angedeutet werden. Voraussetzung der weiteren Überlegungen ist, daß das Viertel nicht so bleiben kann, wie es ist, daß das zerrissene Stadtgeflecht geschlossen werden muß. Welche Hinweise enthält nun dieses zerstörte Gebiet, die die Ergänzung und Zusammenfügung der existierenden Flecken orientieren können, ohne den willkürlichen historistisch-ästhetisierenden Raster, den die Verfechter der Stadtreparatur für das Gelände zu stricken seit längerem im Begriffe sind?

Ich beginne mit dem in der Stadt fernsten, dem Verhältnis zur Natur. Gerade weil es fern ist, ist hier die Willkür am größten. Die Senatsvorlage im Abgeordnetenhaus zur Internationalen Bauausstellung 1984 vom 30.6.78 proklamiert das umgrünte Stadthaus. Klimatologen vom Fachbereich 21 der TU schlagen in einem Gutachten vor, auf der mehr oder minder freien Autobahntrasse einen Grüngürtel quer durch die südliche Friedrichstadt anzulegen und ihn so zu bepflanzen, daß er, der vorherrschenden Westwindlage entsprechend, eine möglichst große Windgeschwindigkeit und entsprechend ein Absaugen der Schadstoffe gewährleistet. Solcherart Ökologie geht mit Stadt und Natur gleichermaßen technokratisch um; die geforderte Teilabschaffung der Stadt brächte nicht einmal eine andere Geltung von Natur in den verbleibenden Stadtbereich ein, sondern nur einen Staubsaugekanal. Den Prozeß des Verbrauchs von Natur meinen die neuen ökologischen Bewegungen, nicht das leistungssteigernde Grün- und Frischluftideal – dieser Prozeß wird so niemals sichtbar. Es gibt aber einen charakteristischen Punkt in der Friedrichstadt, wo die Naturbedingungen sich selber in Erinnerung gebracht haben: hier wäre hinzuhören.

Es geht da um das Gelände Friedrichstraße, Ecke Besselstraße: der barocke Straßenstern war seinerzeit souverän über einen der typischen Berliner Kolke (Sümpfe) hinübergesteckt worden; die Folgen hatten die privaten Eigentümer (die sie nicht einmal freiwillig waren) zu tragen: Pfahlgründungen, die nie auf Grund kamen, folglich ständige Bodensenkungen, von 1720 bis heute ca. 4m. Das Eckhaus der letzten Bebauungsschicht begann 1937 zu bröckeln und mußte abgerissen werden, das Nachbarhaus senkte sich erst in jüngster Zeit so ungleichmäßig, daß es im vorigen Jahr geräumt und abgerissen wurde. Diese Vergeblichkeit wäre sichtbar zu machen: hier ist der Bruch des Stadtschemas dann kein Einfall, sondern ein souveränes Wiedererscheinen verbrauchter Natur. Der Grüngürtel wäre dagegen als Folgerung aus den Windverhältnissen nicht weniger willkürlich als die Autobahntrasse, die da ausgenutzt werden soll.

Stadtgeschichte ist aber auch die preußische Willkür der sternförmigen Bebauung, die ja, der Zweideutigkeit des preußischen Staatswesens zwischen rationaler bürgerlicher Verwaltung und grundherrschaftlicher Despotie, Willkür der Natur gegenüber gerade auch in ihren gesellschaftsgeschichtlich progressiven Zügen, war. Die große Stadtfigur der Friedrichstadt war einerseits eine

der modernen städtebaulichen Anlagen des 18. Jahrhunderts, technisch und juristisch (aber nicht ökonomisch) auf der Ebene der englischen Projekte, ästhetisch dank der Aufsicht Gerlachs ein modular einheitlicher Wurf; gleichzeitig, gelesen im Kontext italienischer und französischer Vorbilder ein Emblem des preußischen Staates. Diese Stadtfigur ist längst zerstört, und es wäre falsch, sie materiell zurückhaben zu wollen. Aber die prägenden Linien, die davon übrig geblieben sind und noch die in den letzten zehn Jahren verschuldete Sackgasse des heutigen Bebauungsstandes mitbestimmen, mutwillig zu beseitigen oder zu ignorieren, hieße, den Wirkungsprozeß zu beseitigen (und dies möglicherweise noch dadurch, daß man ihn durch ein ahistorisches Bild historischer Stadtzuständigkeit ersetzt).

Wiederherstellung (die nicht machbar ist natürlich) zu wünschen, wäre schon deshalb falsch, weil die barocke Stadtfigur selber in sich brüchig war: zusammengesetzt aus lauter kleinen erzwungenen Besitzindividualitäten, konnte sie im Rahmen späterer Bodenspekulation Haus für Haus ausgebrochen werden, wobei jeder jeweilige Besitzer auf sein abgeräumtes kleines Grundstück ein Miethaus des Zuschnitts und Aussehens baute, wie es ihm gerade gut dünkte. Sprechend aber blieben die Linien. In der Bebauung der Lindenstraße ist die fassadenbildende Wirkung dieser Linienstrenge noch in den jüngeren Gebäuden spürbar, nicht nur in Gerlachs Kammergericht. Von den Entwürfen, die mir bislang zur Kenntnis gekommen sind (aus sechs Büros; wieviel im Vorfeld der IBA-GmbH-Gründung schon existieren, kann man nur vermuten), hat das freilich keiner realisiert; überall wird der Straßenbauch, der heute (als historisch völlig idiotischer „Vorplatz“ des Kammergerichts) die Lindenstraße zerstört, willig, ohne zwingenden Grund, übernommen, z.B. weil sich so schön ein Crescent daraus machen ließe. In welches städtebauliche Desaster die willkürliche Beseitigung des Straßensterns führt, zeigt die Wilhelmstraße: hier hat man sich in den unterschiedlichen Vorgaben – Straßenraster und Flächennutzungsplan aus den 50er Jahren – so verstrickt, daß es nun weder Vor noch Zurück gibt, sondern nur eine Raumkarikatur.

Noch skurriler ist es, wenn die Bauverwaltung jetzt mit Ungers' Stadthaus argumentiert, vor zwei Jahren aber die letzten Exemplare einer für die südliche Friedrichstadt (die von 1720, im Gegensatz zur älteren nördlichen aus dem 17. Jahrhundert)

charakteristischen Bebauungsstruktur beseitigen ließ: das Straßenhaus mit schmalem, aber langem, ins Blockinnere verlaufenden Gartenstück. Beseitigt wurde aber auch, und das ebenfalls erst in jüngster Zeit, was von jener neuen Friedrichstadt übrig geblieben war, die das Zeitalter der Industrialisierung geschaffen hatte. Auf dem Gelände der südlichen Friedrichstadt lagen eine ganze Reihe größerer Fabriken (u.a. Siemens Telegraphen und Siemens Elektro, eingefädelt in die Blockstruktur zwischen Markgrafen- und Charlottenstraße), ebenso füllten sich die Blockinnenfläche mit einer Unmenge Kleinindustrie. Auch dieser Zerstörungs- und Umwandlungsprozeß droht inzwischen unsichtbar und ungeschehen zu werden, nicht zuletzt damit, daß noch die Folgen beseitigt werden: städtebauliche Nischen für Kleinstgewerbe und Randgruppen.

Von der Stadt des 19. Jahrhunderts bleibt dann verhältnismäßig wenig, gemessen an der existierenden Baumasse: beseitigt wird der Kontext. Wenn die Innenbebauung der Gewerbehöfe fällt, ist die finanzkapitalistische Hülle der Blockränder beziehungslos. Aber selbst sie ist vor Straßenverbreiterungen (an dem Punkt spielt Ökologie keine Rolle) sicher. Daß die Ecke Friedrichstraße/Kochstraße ein Muster imperialistischer Citybildung darstellt, das darf nicht mit Begrünung zugedeckt werden. Nur an Härten (das von der Discontobank besetzte Eckgebäude verdrängte beispielsweise den großartigen klassizistischen Bau des Friedrich-Wilhelm-Gymnasiums, der Ersatzbau kam dann ins Blockinnere) wird Geschichte erfahrbar als Sache von Menschen, Prozeß politischer und ökonomischer Kämpfe, nicht als Ausstoß von Objekten und Stadtbildern.

Vollends droht nach dem bisherigen Planungsstand die Besetzung des Viertels durch den Faschismus unter Gartenornamenten und aus Formgründen entworfenen Blockbebauungen zu verschwinden. Dabei war die Präsenz der faschistischen Machtapparate in der Friedrichstadt alles andere als zufällig. Von Anfang an, seit 1926, hat die NSDAP sich in der Friedrichstadt eingenistet. 1930–32 war die Gauleitung in der Hedemannstraße (Speers erster Auftrag), benachbart (im heute noch bestehenden Gewerbebau) ein SA-Lokal, das 1933/34 zu einem berüchtigten KZ umfunktioniert wurde. 1934 zog die Gestapo in die Kunstgewerbeschule in der Prinz-Albrecht-Straße 8 ein, etwas später in die Wilhelmstraße 102 (Palais Prinz-Albrecht); benachbart Ecke Anhalter Straße die SA-Obergruppe Berlin-Brandenburg, Prinz-Albrechtstr. 109 die Reichsführung SS. Das allein in der südlichen Friedrichstadt, nach Norden ging die Kette ununterbrochen weiter, eine bewußte Besetzung des zentralen preußischen Stadtteils.

Im Bausenat erinnert man sich heute nur noch daran, daß das Palais Prinz-Albrecht einen Park hatte – daran gelte es anzuknüpfen. Was Grund genug ist, sämtliche Stätten des Faschismus zu übergrünen, allen voran die Terrorzentrale selbst, die dann nur noch grünes Vorfeld des wiederhergestellten Gropius-Baus sein soll, als heilte Kunst (statt des Kunstgewerbe-

museums soll die Kunsthalle hinein) alle Wunden. Daß dort die Schreibtische von Heydrich und Gestapo-Müller standen, die Austilgung des europäischen Judentums organisiert wurde, der SD sein Kartesystem entwickelte, indem sich immer neu der linke Widerstand verdingte, im Kellergängnis seit 1934 zahllose Opfer verhört, gefoltert, ermordet wurden, Grün deckt alles zu, nachdem zuvor schon das Gelände mit Akribie in mehreren Ansätzen von allen baulichen Resten gesäubert wurde. Über den Standort des Palais Prinz-Albrecht (das, das aufwendigste Barockpalais Berlins, baugeschichtlich gesehen sinnlos abgerissen wurde) wird ohnehin die Verlängerung der Kochstraße gelegt – was sicher sein muß, doch bleibt traurig genug, daß Dinge, die anderswo als Emanzipationsakt des industriellen Bürgertums passierten, hier im Halbschlaf der Verkehrsplaner abrollen, Nachgeschichte.

Es wundert schließlich nicht, daß der Tatsache der Kriegszerstörung in keiner Maßnahme ein Darstellungsrecht eingeräumt werden soll. Nicht nur die Tatsache der Zerstörung soll vergeßbar werden wie ihre direkte Ursache, der hier ansässig gewesene Faschismus, sondern noch ihre Nachkriegsexistenz, die Folgesumme: ein Trümmergelände, in dem keiner mehr, der es sich leisten konnte, wohnen wollte, wo nur anderswo nicht Integrierbare festzuhalten waren, bis auf einen merkwürdig geschäftigen, insularen Kern in der Friedrichstraße. Diese Nachkriegslandschaft reichte dank der Mauer-Lage wie stellvertretend bis heute in das Westberliner Stadtgebiet, westlich an eine City grenzend, deren nichtssagende bis gemeine Protzigkeit zum Symbol des westlichen Kapitalismus wurde, in einer Deutlichkeit, die heute selbst den Initiatoren etwas zu laut ist, östlich an die erhaltenen Arbeiterviertel, wo weder Faschismus noch Finanzkapital anschaulich repräsentiert waren, ein Berlin, das im Bewußtsein der Herrschenden gar nicht konkret existierte und Material von Sanierungsfeldzügen wurde, die die Stadt der Arbeiter gar nicht wahrnahmen – zwischen beidem die leere politische Mitte.

Daß man heute diese Mitte füllen will, auffüllen mit einer anheimelnden, bildlichen Geschichte, die es so in Berlin, der kargsten aller großen Metropolen des 19. Jahrhunderts und der klassischen Hauptstädte überhaupt, nie gab, das ist das eigentliche Projekt dessen, was unter dem Titel einer Internationalen Bauausstellung 1984 gegenwärtig geplant wird. Es ist ein Projekt,



Durchblick längs der ehemaligen Autobahntrasse, von Osten: Kriegsrüinen ... Planungsruinen ...



Das alte Kammergericht von Ph. Gerlach an der Lindenstraße, heute Berlin-Museum



Der letzte Industriehof in der Friedrichstraße: Geschichte getilgt.

das in Restaurationszeiten wie die unsrige paßt, soviel ist klar. Es ist aber, abgesehen von dem Widerstand, der gegen diese Geschichtsfälschung zu leisten sein wird, schon die Frage, ob eine von ihrer zerstörerischen Geschichte so intensiv geprägte Stadt wie Berlin schon kaputt genug ist, damit die geplante Fälschung wirklich machbar wird. Die Ruinenfelder der heutigen Friedrichstadt, alles Recht auf Abriß und Wiederaufbau zugestanden, sind jedenfalls der Lebbarkeit von Stadtgeschichte näher, als der formalistische Leichnam, den man uns verspricht. Der existierende Mauertourismus ist nur eines

der Zeichen für die schwer beschreibbare Faszination, die dieses Gelände gerade heute ausübt: weil es immerhin nichts zu deckt, — obwohl alles verschwunden ist. Ein solches Gelände dann bebauen und bewohnen zu können, das verlangt jedenfalls neue Erfahrungen mit der dort niedergeschlagenen Geschichte und eine neue Reflexion auf das, was Wohnen ist: Flucht in die vier Wände, oder ein kollektiver Ansatz, sich der eigenen historischen Wirklichkeit zu stellen. Von solchen Erfahrungen aus kann auch so gebaut werden, daß das Gebaute den historischen Prozeß erfahrbar enthält und nicht verdrängt.

Werner Durth, Gerd Hamacher

Neubausiedlungen:

Stadtentwicklung als Problemverschiebung

Der Tagungsbericht „Wohnen vor der Stadt“ wird zur vorherigen Lektüre empfohlen, da der folgende Artikel wesentlich durch den Verlauf der beiden Tagungen angeregt wurde. Dazu wird versucht, skizzenhaft umrissene Thesen zur Diskussion zu stellen und die neue Problematik der inzwischen gealterten Neubausiedlungen in Entwicklungszusammenhängen zu betrachten, die weiterreichende Interpretationen und Perspektiven eröffnen, auch wenn dabei zunächst noch einzelne Beobachtungen und Befunde überzeichnet und vielleicht unzulässig generalisiert werden. Erfahrungsgrundlage sind Gespräche mit Experten und Bewohnern verschiedener Neubausiedlungen sowie Ansätze empirischer Untersuchungen, die insbesondere in Darmstadt Neu-Kranichstein von einer Studiengruppe am Institut für Soziologie der THD unternommen wurden.

DER STADTÖKONOMISCHE KONTEXT

Die Kommunen sehen sich in der momentanen Situation vor allem zwei stadtentwicklungspolitischen Problemen gegenübergestellt:

- Die Abwanderung der einkommensstarken Bevölkerungsteile in die Randzonen der Städte innerhalb der (durch die Gebietsreform mittlerweile großzügig ausgeweiteten) Stadtgrenzen aufzufangen, indem zusätzliche Flächen für den Bau von Eigenheimen erschlossen werden und durch neue verdichtete Bauformen eine intensivere Nutzung erreicht wird.
- Die von Verslumung bedrohten Altbauviertel in innenstadtnaher Lage durch Modernisierung und Verkehrsberuhigung derart aufzuwerten, daß über die Zuwanderung und Bindung zahlungsfähiger Bevölkerungsteile weitere Modernisierung, ergänzende Neubebauung und vor allem auch die Bildung von Wohnungseigentum angeregt wird.

In seiner programmatischen Rede auf dem 'Architektenkongreß Sylt 78' formulierte der frischgebackene Städtebauminister Haack den neuen Trend: „Wir brau-

chen eine Art Doppelstrategie. Einerseits muß die Wohnattraktivität der Städte insgesamt spürbar verbessert werden, andererseits müssen wir versuchen, einer unkontrollierten Ausdünnung und Landschaftszersiedelung entgegenzuwirken. Ich glaube, wir können dies durch eine kombinierte Erneuerungspolitik und durch die Schaffung neuer, verdichteter Wohnformen zumindest teilweise erreichen.“

Auf der paßgenau inszenierten Bauausstellung 'Hamburg-Bau' wurden parallel hierzu die den beiden stadt- und wohnungswirtschaftlichen Interessenschwerpunkten entsprechenden Bauformen dargeboten. Mit dem unterdessen bundesweit propagierten *Stadthaus* und der verdichteten *Hausgruppe* begann die Einstimmung auf Wohnwünsche der 'aktiven' Bevölkerungsteile mit Wohnformen, die an das Einfamilienhausmodell anschließen und gleichermaßen den aktuellen stadtentwicklungspolitischen Erfordernissen gerecht zu werden scheinen.

Die wachsende Aufmerksamkeit für die Entwicklung der unmittelbaren städtischen Randzonen und die betriebene Aufwertung von Teilbereichen der innenstadtnahen Altbauquartiere stehen in scharfem Gegensatz zu dem Attraktivitätsverlust der noch vor einigen Jahren angepriesenen Neubau-Siedlungen. Die einst am Stadtrand durchgeführten Stadterweiterungen haben ihr — zumindest in der Pressepolitik der Städte hochgehaltenes — Anfangsimage verloren und sind als Planungstorsen meist wegen ihrer baulichen und planerischen Mängel, Infrastrukturfizite und Versorgungsschwierigkeiten, wegen wachsender sozialer Probleme und in den letzten Jahren insbesondere auch durch die erheblichen Steigerungen der Mieten im Sozialen Wohnungsbau ins Zwielicht geraten (vgl. hierzu auch die